



Die Rede von Thomas Ehrhorn (links) zu NS-Opfergruppen schlägt weiter hohe Wellen. Henning Otte und Kirsten Lühmann üben scharfe Kritik.

David Borghoff (3) / Montage: cz

## „Er hat NS-Verbrechen relativiert“

Kirsten Lühmann und Henning Otte halten Ehrhorn-Rede für inakzeptabel

VON SIMON ZIEGLER

**CELLE.** Klare Worte von Kirsten Lühmann (SPD) und Henning Otte (CDU): Die beiden Celler Bundestagsabgeordneten haben die Äußerungen ihres AfD-Kollegen Thomas Ehrhorn zu NS-Opfern scharf kritisiert. Von einem „Schlag ins Gesicht für alle Opfer des Nationalsozialismus“ ist die Rede.

Lühmann wirft Ehrhorn die Verharmlosung von NS-Verbrechen vor. „Dadurch, dass er eine Hierarchie der Opfer erstellt, hat er die Nazi-Verbrechen relativiert. Er sagt, es gibt Opfer, die mehr wert sind als andere. Das ist unsäglich“, erklärte die Hermannsbürgerin.

**Faschismus-Vorwurf:** Die Sozialdemokratin war bei der Marathon-Sitzung vergangene Woche im Bundestag, als Ehrhorn in der Nacht zu Freitag um kurz nach Mitternacht zu einem Grünen-Antrag sprach, in dem es um die Anerkennung von NS-Opfergruppen ging. „Es war schlimm. Wir haben sofort erkannt, was Ehrhorn macht. Es gab etliche Zwischenrufe aus allen Fraktionen. Yasmin Fahimi aus meiner Fraktion warf ihm faschistische Rhetorik vor“, berichtet Lühmann. Die Argumentation von Ehrhorn, Opfergruppen

nicht rehabilitieren zu wollen, weil man dann auch andere Opfer rehabilitieren würde, sei „hochperfid“, so Lühmann. Sie verwies auch darauf, dass der Abgeordnete im Bundestag den Satz „Wir sind uns einig, dass wirklich niemand in ein Konzentrationslager gehört“ mit einem „Aber“ verbunden habe.

„Es war schlimm. Wir haben sofort erkannt, was Ehrhorn macht.“

Kirsten Lühmann  
SPD-Abgeordnete

krat. Er selbst war zur „Geisterstunde“ nach Mitternacht, als Ehrhorn seine Rede hielt, nicht im Plenum. Grundsätzlich beobachtet Otte im parlamentarischen Betrieb eine Radikalisierung der AfD-Fraktion.

Die Grünen forderten in ihrem Antrag die offizielle Anerkennung der NS-Opfergruppen der damals so-

„Sich falsch interpretiert zu fühlen, ist ein gängiges Manöver der AfD.“

Henning Otte  
CDU-Abgeordneter

**Zivilisatorischer Tiefpunkt:** „Die nationalsozialistische Diktatur und der Holocaust stellen den zivilisatorischen Tiefpunkt deutscher Geschichte dar. Die Einlassungen des Kollegen Ehrhorn sind für alle Opfer des Nationalsozialismus ein Schlag ins Gesicht“, sagte Henning Otte. Im Nachgang „Aussagen nicht so gemeint zu haben und sich falsch interpretiert zu fühlen“, sei ein gängiges Manöver der AfD, so der Christdemo-

genannten ‚Asozialen‘ und ‚Berufsverbrechern‘. Das ist 74 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz nicht der Fall und soll sich in den Augen der Fraktion ändern. Ein Antrag mit ähnlichem Inhalt wurde auch von der FDP-Fraktion eingebracht. Ehrhorn hatte zwischen KZ-Opfern differenziert. So seien Menschen aufgrund „ihrer angeblichen Rassenzugehörigkeit“ interniert worden. Andere seien als Kriminelle im KZ gelandet. „Es

ist nicht möglich, allen sogenannten ‚Asozialen‘ und ‚Berufsverbrechern‘ eine Art Generalamnestie einzuräumen, sie zu Opfern zu erklären, weil ein Teil von ihnen eben durchaus auch Täter war“, hatte er erklärt.

Sowohl Historiker als auch das Internationale Auschwitz-Komitee hatten seine Äußerungen entsetzt zurückgewiesen. Jeder, der im KZ war, sei ein Opfer, hieß es. Zudem habe Ehrhorn Opfern eine Mitschuld an ihrer KZ-Haft gegeben.

Die SPD-Abgeordnete Lühmann sagte, Ehrhorn habe schon mehrere problematische Reden im Bundestag gehalten. In einer Debatte zur Ehe gleichgeschlechtlicher Paare habe er vom „drohenden Volkstod“ gesprochen. „Das ist Nazi-Jargon“, so Lühmann. Ehrhorns Haltung sei für einen Rechtsstaat „hart an der Grenze“.

**Freie Rede:** Rechtliche Konsequenzen wird es für Ehrhorn keine geben, selbst wenn er mit seiner Rede den Tatbestand der Verharmlosung des Holocaust erfüllt hätte. Äußerungen von Abgeordneten, die im Plenum gemacht werden, dürfen rechtlich nicht verfolgt werden. Die sogenannte Indemnität schützt laut Bundestagsverwaltung die freie Rede der Parlamentarier im Bundestag.